

Polizeireglement

Der Generalrat beschliesst gestützt auf:

- das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden (GG; SGF 140.1);
- das Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden (ARGG; SGF 140.11);
- das Gesetz vom 4. Februar 1972 über die öffentlichen Sachen (ÖSG; SGF 750.1);
- das Mobilitätsgesetz vom 5. November 2021 (MobG; SGF 780.1);
- das Mobilitätsreglement vom 20. Dezember 2022 (MobR; SGF 780.11);
- das Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB; SGF 31.1);
- das Gesetz vom 7. Dezember 2010 über die Videoüberwachung (VidG; SGF 17.3);
- die Verordnung vom 23. August 2011 über die Videoüberwachung (VidV; SGF 17.31);
- das Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG; SGF 17.1);
- das Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG, SGF 741.01);
- das Gesetz vom 12. November 1981 zur Ausführung der Bundesgesetzgebung über den Strassenverkehr (AGSVG; SGF 781.1);
- das Gesetz vom 6. Oktober 2021 über kantons- und bundesrechtliche Ordnungsbussen (KOBG; SGF 33.1);
- die Verordnung vom 23. November 2021 über kantons- und bundesrechtliche Ordnungsbussen (KOBV; SGF 33.11).

1. Kapitel: Gegenstand

Artikel 1

Zweck

¹ Das vorliegende Reglement legt die sich im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde befindlicher verwaltungspolizeilicher Vorschriften sowie die Vorschriften in Anwendung der kantonalen Gesetzgebung über den öffentlichen Raum, die Strassen, den Strassenverkehr und die Prostitution fest.

² Unter verwaltungspolizeilicher Vorschriften sind Bestimmungen zu verstehen, die die öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ruhe, Gesundheit und Sittlichkeit regeln.

³ Das Reglement legt die Organisation, das Verfahren, die verwaltungsrechtlichen Massnahmen sowie die in diesem Bereich anwendbaren strafrechtlichen Bestimmungen fest.

⁴ Die in diesem Reglement zur Bezeichnung von Personen oder Funktionen verwendeten Begriffen gelten in gleicher Weise für Männer und Frauen. Die männliche Form wird der Einfachheit halber gewählt und stellt keine Diskriminierung dar.

2. Kapitel: Anwendung

Artikel 2

Anwendung

¹ Dieses Reglement gilt für das ganze Gemeindegebiet.

² Es gilt auf dem öffentlichen Grund sowie auf privatem Grund, soweit die Durchsetzung der polizeilichen Vorschriften dies erfordert.

Artikel 3

Vorbehaltenes Gemeinderecht

¹ Die Gemeindereglemente, die insbesondere in den folgenden Angelegenheiten erlassen wurden, bleiben vorbehalten:

- a) Haltung und Besteuerung von Hunden;
- b) Nutzung der öffentlichen Räume und Anlagen;
- c) Parkplatzbewirtschaftung;
- d) Abfallbewirtschaftung;
- e) Wasserversorgung;
- f) Beseitigung und Reinigung von Abwasser;
- g) Friedhof;
- h) Geschäftsöffnungszeiten.

² Die allgemeinen Bestimmungen dieser Verordnung können auch auf die in Absatz 1 genannten Sonderregelungen Anwendung finden.

3. Kapitel: Zuständigkeit

Artikel 4

Zuständigkeit

¹ Der Gemeinderat ist zuständig für die Durchsetzung dieses Reglements.

² Der Gemeinderat kann zur Durchsetzung dieses Reglements eines seiner Mitglieder, Gemeindepersonal, private Ordnungsdienste und kommunale Ordnungsbeamte (nachfolgend: Gemeindepolizei) einsetzen.

³ Vom Gemeinderat beauftragte Dritte werden mit einem klar umschriebenen Mandat ausgestattet.

⁴ Weiter kann der Gemeinderat technische Mittel einsetzen, um Vollzugsaufgaben wahrzunehmen oder zu unterstützen.

Artikel 5

Mittel

Zur Ausübung ihrer Aufgaben verfügt die Gemeindepolizei über folgende Mittel:

- a) Beobachtungen;
- b) Patrouillen;
- c) Kontrollen, wie Inspektionen und Besichtigungen;
- d) Anhörungen;
- e) Einsatz von Videoüberwachung gemäss geltendem Recht.

Artikel 6

Kontrollen

¹ Die Gemeindepolizei:

- a) handelt auf der Grundlage ihrer eigenen Feststellungen oder aufgrund von Anzeigen Dritter;
- b) kann die Identität von Zuwiderhandelnden kontrollieren;
- c) legitimieren sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kantonspolizei, die analog anwendbar sind.

² Jede Person ist verpflichtet, der Gemeindepolizei den Zugang zu ihrem Eigentum zu gestatten.

³ Jede von der Gemeindepolizei aufgeforderten Person, muss in dringenden Fällen und ohne Rechtfertigungsgrund helfen.

⁴ Die Kosten für die Kontrollen und Gutachten können dem Eigentümer oder der Person, die sie verursacht hat, auferlegt werden.

⁵ Der Gemeinderat kann über den Oberamtmann die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei beantragen. Die Zuständigkeit der Beamten der Kantonspolizei, die von Amtes wegen tätig werden, bleibt vorbehalten.

Artikel 7

Berichte

¹ Die Gemeindepolizei verfasst bei Kontrollen einen Bericht über die festgestellten Verstösse gegen diese Verordnung.

² Die angezeigten Personen werden darüber informiert und können den Bericht zur Kenntnis nehmen und eine Kopie davon anfordern.

³ Es können Kosten in Rechnung gestellt werden.

4. Kapitel: Entscheide

Artikel 8

Grundsatz

¹ Die Gemeindebehörden und -personal fällen die in ihre Zuständigkeit fallenden Entscheide (Bewilligungen, verwaltungsrechtliche Massnahmen) in Anwendung der Bestimmung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege.

² Die Verfahrensbestimmungen der Gesetzgebung über die Raumplanung sind vorbehalten.

Artikel 9

Einsprache und Beschwerde

(Art. 156 GG)

¹ Die Entscheide eines dem Gemeinderat untergeordneten Organs oder eines Beauftragten können innert 30 Tagen seit Zustellung mit Einsprache beim Gemeinderat angefochten werden.

² Vom Gemeinderat getroffene erstinstanzliche Entscheide oder Einspracheentscheide können innert 30 Tagen seit Zustellung beim Oberamtmann angefochten werden.

5. Kapitel: Benützung des öffentlichen Grundes

Artikel 10

Allgemein

¹ Die Nutzung des öffentlichen Eigentums der Gemeinde (bewegliche und unbewegliche Güter) wird durch das Gesetz über die öffentlichen Sachen, die Strassengesetzgebung und die Strassenverkehrsgesetzgebung geregelt.

² Der Gemeinderat erteilt die Bewilligungen und Konzessionen in den in Artikel 12 dieses Reglements vorgesehenen Fällen. Er legt die Auflagen fest, um Beeinträchtigungen des öffentlichen Interesses zu verhindern.

Artikel 11

Verbote

¹ Es ist verboten, die Güter des öffentlichen Eigentums zu beschädigen, einschliesslich:

- a) auf Masten, Strassenlaternen, Zäune und Denkmäler zu klettern;
- b) öffentliche Brunnen verstärkt zu nutzen;
- c) die Flora und die Anpflanzungen zu schädigen;
- d) Fahrzeuge auf öffentlichem Grund zu waschen oder zu warten;
- e) öffentliche Strassen, Tiefgaragen, Gebäude, Einrichtungen, Plakate oder andere Gegenstände zu beschmutzen, zu verunreinigen oder in irgendeiner Weise zu beschädigen, insbesondere durch Zeichnungen oder dauerhafte Beschriftungen;
- f) Abfall auf öffentlichem Grund zu entsorgen (Littering).

² Der entstandene Schaden muss von Zuwiderhandelnden oder durch die Gemeindeverwaltung behoben werden. Die Kosten werden dem Zuwiderhandelnden auferlegt.

Artikel 12

Bewilligungen und Konzessionen

¹ Bewilligungspflichtig sind insbesondere die folgenden gesteigerten Nutzungen:

- a) das Aufstellen von Wohnwagen, Mobilheimen oder anderen Einrichtungen (z.B. Zelte) ausserhalb der dafür vorgesehenen Zonen oder Plätze;
- b) das Abstellen von Fahrzeugen;

- c) das Aufstellen eines Standes oder einer mobilen Einrichtung, die für den Verkauf von Speisen und Getränken bestimmt ist;
- d) das Schaustellergewerbe oder der Betrieb eines Zirkus;
- e) das Einrichten von Baustellen, Gerüsten und das Öffnen von Gräben;
- f) öffentliche Demonstrationen und Umzüge;
- g) das Sammeln von Unterschriften auf öffentlichen Plätzen, wenn dort Stände aufgebaut werden;
- h) Messen und Märkte;
- i) Strassenkünstler oder andere künstlerische Aktivitäten;
- j) das Aufstellen von privatem Mobiliar (Blumentöpfe, Tische, Bänke, usw.).

² Insbesondere sind folgende private Nutzungen konzessionspflichtig:

- a) das Errichten einer Strassenküche (Typ Foodtruck).

³ Für Terrassen von öffentlichen Gaststätten ist eine Genehmigung (erhöhte Nutzung) oder eine Konzession (private Nutzung) erforderlich.

⁴ Die Bestimmungen der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung bleiben vorbehalten.

Artikel 13

Abgestellte Fahrzeuge und Gegenstände, die öffentliche Arbeiten oder die rechtmässige Benützung des öffentlichen Grundes behindern oder gefährden, können auf Kosten der Verantwortlichen weggeschafft werden, sofern diese nicht innert nützlicher Frist erreicht werden können oder der Aufforderung zum Wegschaffen nicht nachkommen.

Abgestellte Fahrzeuge und Gegenstände

Artikel 14

¹ Der Gemeinderat kann den Aufenthalt auf Spiel- und Sportanlagen, sowie auf weiteren öffentlichen Anlagen zeitlich einschränken, respektive verbieten.

² Er kann diese Massnahmen auf einzelne Personen oder Personengruppen einschränken, wenn der begründete Verdacht besteht, dass sie die öffentliche Sicherheit oder Ruhe gefährden oder stören.

Einschränkungen und Verbot im öffentlichen Raum

Artikel 15

Parkanlagen und Sportplätze des Gemeingutes stehen unter dem Schutz der Öffentlichkeit. Es ist untersagt:

- a) Vandalismus zu betreiben;
- b) gefährliche Gegenstände oder Substanzen wegzuwerfen;
- c) ausserhalb der zu diesem Zweck bestimmten Stellen Feuer zu entfachen;

Parkanlagen, Sportplätze

- d) lärmige oder für andere Personen lästige Tätigkeiten oder Spiele zu organisieren, ausser an den für diesen Zweck vorgesehenen Stellen;
- e) die Tier- und Pflanzenwelt zu beeinträchtigen.

Artikel 16

Benützung öffentlicher Strassen und Plätzen

Die Benützung von öffentlichen Strassen, Plätze, Anlagen und Grünflächen hat mit Sorgfalt zu geschehen.

6. Kapitel: Verhalten in der Öffentlichkeit

Artikel 17

Allgemein

¹ In der Öffentlichkeit ist jede Person verpflichtet, sich so zu verhalten, dass niemand geschädigt, gefährdet oder belästigt wird.

² Jede Person wird zudem aufgefordert bei allen Tätigkeiten Rücksicht auf die Nachbarschaft und Drittpersonen zu nehmen.

Artikel 18

Sitte und Anstand

¹ Es ist verboten, auf öffentlichem Grund ein Verhalten an den Tag zu legen, das gegen die öffentliche Sittlichkeit verstösst.

² Insbesondere ist es verboten:

- a) ein skandalträchtiges Verhalten an den Tag zu legen;
- b) sich in betrunkenem Zustand auf öffentlichem Grund aufzuhalten;
- c) sich erniedrigend oder beleidigend zu äussern, sei es durch Beschimpfungen, Schreie, obszöne Gesten oder unangebrachte Aufforderungen;
- d) das sichtbare Kleiden oder Tragen von Symbolen mit hasserfüllten oder pornografischen Inhalten;
- e) Nacktheit auf öffentlichem Grund zur Schau zu stellen;
- f) das Verschmutzen öffentlicher Strassen, Plätze und Anlagen;
- g) das Betreten, Befahren oder Belegen von öffentlichen Flächen, welche mit einem entsprechenden Verbot gekennzeichnet sind;
- h) das Anbringen von Plakaten, Aufklebern oder Schmierereien an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen;
- i) das Verkaufen von Waren ohne Genehmigung der zuständigen Behörde.

³ In Ergänzung zur kantonalen Gesetzgebung über die Prostitution ist die Ausübung der Strassenprostitution auf dem gesamten Gemeindegebiet verboten.

⁴ Die Bestimmungen des schweizerischen Strafgesetzbuches über die Straftaten gegen die sexuelle Integrität, insbesondere die Bestimmungen, die Exhibitionismus sowie das Anbieten und Zeigen pornografischer Gegenstände unter Strafe stellen, bleiben vorbehalten.

7. Kapitel: Lärm

Artikel 19

Allgemein

¹ Jede Person ist verpflichtet zu gewährleisten, dass durch ihr Verhalten oder das ihrer Haustiere keine übermässigen Lärmbelästigungen entstehen sowie die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Ruhe von anderen Personen nicht gestört wird. Vorbehalten bleiben Notfälle, Betriebe und Anlagen, die einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, sowie Ernte- und Saisonarbeiten.

² Es sind folgende Handlungen verboten:

- a) während den Ruhezeiten ohne Notwendigkeit auf öffentlichem Grund Lärm zu machen;
- b) das Abspielen lauter Musik oder das Abhalten von lauten Feiern während den Ruhezeiten;
- c) das Betreiben von Maschinen und Geräten ausserhalb der üblichen Arbeitszeit.

³ Die kantonale und eidgenössische Gesetzgebung bleibt vorbehalten.

Artikel 20

Ruhezeiten

Als Nachtruhe gilt die Zeit zwischen 22.00 und 06.00 Uhr und als Mittagsruhe die Zeit zwischen 12.00 und 13.00 Uhr.

Artikel 21

Sonn- und allgemeine Feiertage

An Sonn- und allgemeinen Feiertagen ist die Ruhe zu respektieren.

Artikel 22

Lärmige Maschinen, Geräte und Apparate

¹ Der Gebrauch von lärmintensiven Maschinen, Geräten, einschliesslich Drohnen und Apparaten ist untersagt:

- a) von Montag bis Freitag zwischen 22.00 und 6.00 Uhr sowie zwischen 12.00 und 13.00 Uhr;
- b) an Samstagen vor 8.00 und nach 22.00 Uhr sowie zwischen 12.00 und 13.00 Uhr;
- c) an Sonn- und allgemeinen Feiertagen.

² Sonderbewilligungen für Nachtarbeit und für Festanlässe unterliegen den entsprechenden Gesetzgebungen und sind von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Artikel 23

Lärmige Aktivitäten, Spiele und Sportarten

Besonders lärmige Aktivitäten, Spiele und Sportarten dürfen nur an den dazu vorgesehenen Orten, Tagen, Uhrzeiten und zu den ortsüblichen oder vom Gemeinderat festgelegten Bedingungen praktiziert werden.

8. Kapitel: Videoüberwachung

Artikel 24

Allgemein

¹ Die Gemeinde kann zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung öffentliche Plätze, Strassen und Anlagen mittels Videokameras überwachen.

² Die kantonale Ausführungsgesetzgebung zur Videoüberwachung findet Anwendung.

9. Kapitel: Drohnen

Artikel 25

Allgemein

¹ Das Überfliegen des Gemeindegebiets mit Drohnen unterliegt der Einhaltung der Vorschriften des Bundesrechts über Luftfahrzeuge.

² Die Flugverbotszonen und Ausnahmen werden durch das kantonale Recht festgelegt.

³ Einschränkungen aufgrund der Gesetzgebung über den Datenschutz sind vorbehalten.

10. Kapitel: Tiere und Landwirtschaft

Artikel 26

Allgemein

Die Tierhalter sind verpflichtet, alle geeigneten Massnahmen zu treffen, damit ihre Tiere nicht die öffentliche Ordnung, Sicherheit, Gesundheit und Ruhe stören.

Artikel 27

Hunde

Für Hundehalter gilt die kantonale Gesetzgebung sowie das Reglement über die Hundehaltung und die Hundesteuer der Gemeinde.

11. Kapitel: Massnahmen

Artikel 28

Ordentliche Massnahmen

¹ Der Gemeinderat entzieht die aufgrund des vorliegenden Reglements erteilten Bewilligungen, wenn der Inhaber die Bedingungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllen oder schwerwiegend oder wiederholt gegen die Bestimmungen der Gesetzgebung verstossen. Er kann je nach Umständen auch Verwarnungen aussprechen.

² Bei Verstössen gegen verwaltungspolizeiliche Vorschriften kann der Gemeinderat je nach den Umständen:

- a) den Zuwiderhandelnden förmlich verwarnen;
- b) eine Busse nach kommunalem Recht verhängen.

³ Zur Durchsetzung seiner Beschlüsse stehen dem Gemeinderat die in der Verwaltungsgerichtsordnung vorgesehenen Mittel zur Verfügung. Im Bedarfsfall kann über den Oberamtmann die Kantonspolizei eingeschaltet werden.

⁴ Verwaltungsmassnahmen, die in den besonderen kantonalen Gesetzen vorgesehen sind, bleiben vorbehalten.

Artikel 29

Notstand und Ergreifung auf frischer Tat
(Art. 60 GG)

¹ Der Gemeinderat kann die notwendigen Notmassnahmen ergreifen, um auf dem Gemeindegebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor einer Gefahr zu schützen, die sie direkt und unmittelbar bedroht. Die Befugnisse der Kantonspolizei bleiben vorbehalten.

² Die Bestimmungen der schweizerischen Strafprozessordnung über die Festnahme durch Privatpersonen bei Ergreifung auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen bleiben vorbehalten.

12. Kapitel: Strafbestimmungen

Artikel 30

Bussenhöhe
(Art. 84 GG)

¹ Verstösse gegen Vorschriften dieses Reglements oder gegen die in dessen Anwendung getroffenen Massnahmen, Weisungen, Anordnungen und Entscheide werden mit Geldbussen geahndet.

² Die Höhe der Geldbussen wird im Gesetz über die Gemeinden (GG) festgelegt.

³ Bei wiederholten Verstössen kann die Geldbusse erhöht werden. Sie beträgt pro Delikt jedoch max. CHF 1'000.00.

Artikel 31

Strafbefehl
(Art. 86 GG)

¹ Der Gemeinderat verhängt die Geldbusse in der Form eines Strafbefehls.

² Der Gemeinderat kann anstelle einer Busse die Leistung einer gemeinnützigen Arbeit gemäss den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches anordnen. Er erlässt die notwendigen Bestimmungen über die Ausführung der gemeinnützigen Arbeit.

Artikel 32

Zahlungsfrist

Die Geldbussen sind innerhalb von 30 Tagen zu bezahlen.

Artikel 33

Vollstreckungsverfahren

Bei Nichtbezahlung der Geldbusse wird ein Vollstreckungsverfahren eingeleitet.

Artikel 34

Gegen den Strafbefehl kann die verurteilte Person innert 10 Tagen seit Zustellung Einsprache beim Gemeinderat erheben. Die Akten werden anschliessend dem Polizeirichter übermittelt, da sie in dessen Zuständigkeit fallen.

Einsprache
(Art. 86 GG)

Artikel 35

Die in der Sondergesetzgebung vorgesehenen Rechtsmittel, insbesondere jene im Gesetz über die öffentlichen Sachen, im Raumplanungs- und Baugesetz sowie im Gesetz über den Strassenverkehr, bleiben vorbehalten.

Rechtsmittel Sonder-
gesetzgebung

Artikel 36

Die in der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung vorgesehenen polizeilichen Übertretungen bleiben vorbehalten.

Kantonales und eid-
genössisches Recht

13. Kapitel: Schlussbestimmungen

Artikel 37

¹ Änderungen oder Ergänzungen dieses Reglements bedürfen eines Beschlusses des Generalrats.

² Das Reglement kann durch den Gemeinderat angepasst werden, falls sich die übergeordneten gesetzlichen Grundlagen ändern.

Änderungen und Er-
gänzungen

14. Kapitel: Inkrafttreten

Artikel 38

Das vorliegende Reglement tritt nach Genehmigung durch den Generalrat und durch die zuständige kantonale Direktion in Kraft.

Inkrafttreten

Verabschiedet durch den Gemeinderat Düringen am _____

Beschlossen durch den Generalrat Düringen am _____

NAMENS DES GENERALRATES DÜRINGEN

Der Präsident

sig.

Anton Haymoz

Polizeireglement

Die Sekretärin:

sig.

Nicole Beyeler

Genehmigt durch die Sicherheits-, Justiz- und Sportdirektion SJSD

Freiburg, _____

Der Staatsrat

sig.

Romain Collaud